

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

167

Zweite Ausgabe.

Wien, am 17. Juni 1933.

## Unwahre Nachrichten über die städtische Wohnhäuserverwaltung.

Im "Berliner Tageblatt" werden über die Wiener städtische Wohnhäuserverwaltung unwahre Nachrichten mitgeteilt, die auch in einen Teil der Wiener Presse Eingang gefunden haben. Es wird dort behauptet, dass die Wohnhäuserverwaltung der Gemeinde Wien vor dem Zusammenbruch stehe, weil sie die Wohnungen zu billig vermietet habe und ein grosser Teil der Mieter nicht einmal die geringen Zinse zahle. Ueberdies wird behauptet, dass die Instandhaltungsarbeiten an den Gemeindehäusern enorme Summen verschlingen, denen das Gemeindebudget nicht mehr gewachsen sei und dass diese Instandhaltungskosten von den Mietern nicht eingetrieben werden können. Daher, so wird behauptet, habe die Gemeinde jetzt die Absicht, die in die vielen Millionen angewachsenen Rückstände einem privaten Inkassobüro zur Einhebung zu übertragen, und es werde mit Massendelogierungen zu rechnen sein. Demgegenüber stellt die städtische Wohnhäuserverwaltung fest, dass die Nachricht, die Gemeinde wolle die Verwaltung der Wohnhäuser oder auch nur das Inkasso aus der Hand geben, völlig unrichtig ist. Ein solcher Plan steht gar nicht in Erwägung. Es ist auch völlig unrichtig, dass die Mietzinsverhältnisse in den Gemeindehäusern eine abnormale Entwicklung nehmen. Die Berechnung der Mietzinse erfolgt bekanntlich so, dass der Mietzins ungefähr den Zinsen entspricht, die auf Grund des Mietengesetzes in den Althäusern gezahlt werden. Zinsrückstände in besonderem Ausmass bestehen nicht. Dass solche Rückstände unter 60.000 Mietern, die zum grössten Teil der Arbeiter- und Angestelltenschaft angehören, in einer Zeit<sup>lang</sup>/dauernder Arbeitslosigkeit vorkommen können, ist selbstverständlich. Ihr Ausmass dürfte sich von dem in Privathäusern kaum unterscheiden. Die Instandhaltungskosten der städtischen Wohnhäuser sind, da es sich um Neubauten handelt, begreiflicherweise vorderhand nicht sehr erheblich. Für die Deckung dieser Kosten besteht eine eigene Reserve, die aus den Mietzinsen gebildet ist. Sie ist in jedem Rechnungsabschluss der Gemeinde ausgewiesen.

## Platzkonzerte arbeitsloser Musiker.

Auf Anregung des Oesterreichischen Musikerverbandes wird die Gemeinde Wien an acht Donnerstagen im Juli und August, beginnend am 6. Juli, Platzkonzerte vor dem Rathaus veranstalten. Die Platzkonzerte werden von 17 Uhr bis 19 Uhr dauern und frei zugänglich sein. Die Kapellen werden aus 45 Mann bestehen und vom Kapellmeister Wilhelm Wacok dirigiert werden. Es ist beabsichtigt, im Turnuswege auf diese Weise möglichst viele arbeitslose Wiener Musiker zu beschäftigen. Die Kosten hat die Gemeinde übernommen.